

öffentlich nicht öffentlich

SPD-Ratsfraktion
Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
FDP-Ratsfraktion

Düsseldorf, den 11.12.2018

An
Oberbürgermeister Thomas Geisel
Vorsitzender des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf

Antrag

Antrag der Ratsfraktionen von SPD, BÜ90/GRÜ und FDP zum
Haushaltsplanentwurf 2019: Konzept für ein Wohnheim für städtische
Auszubildende

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bitten Sie, diesen Antrag auf die
Tagesordnung der Ratssitzung am 13.12.2018 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen.

**Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Umsetzung eines Wohnheims für
städtische Auszubildende zu entwickeln. Denkbar sind unterschiedliche
Realisierungsmodelle, wie z.B.**

- **der Bau eines Auszubildendenwohnheims auf einem städtischen Grundstück
durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft SWD**
 - **der Ankauf von Belegungsrechten in einem geeigneten Wohnbauprojekt**
- oder**
- **die Sicherung über einen städtebaulichen Vertrag in einem Investorenprojekt**

Sachdarstellung:

Angesichts des demografischen Wandels wird der Fachkräftemangel zu einer besonderen
Herausforderung für Unternehmen und für öffentliche Verwaltungen. Auch die Stadt Düsseldorf
sieht sich hier einem harten Konkurrenzkampf um Arbeitnehmer_innen ausgesetzt. Die gute
Wirtschaftskonjunktur, sowie die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt erschweren die Bindung von
qualifizierten Fach- und Nachwuchskräften und Auszubildenden. Bei der Anwerbung von
Auszubildenden müssen deshalb die Rahmenbedingungen stärker berücksichtigt werden. Im
öffentlichen Dienst müssen hier aufgrund der engen Vergütungsvorgaben besondere Anreize
geschaffen werden.

Neben der Gestaltung zukunftsfähiger Arbeitsplätze, einer guten Erreichbarkeit des
Arbeitsplatzes und optimaler Voraussetzungen zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf, muss sich
auch die Stadtverwaltung Düsseldorf im Wettbewerb um jetzige und zukünftige Mitarbeiter_innen
noch deutlich besser positionieren.

Gerade in den Großstädten können sich viele Auszubildenden von ihrem geringen Lohn auf dem
freien Markt keine Wohnung leisten. Der angespannte Wohnungsmarkt verschlechtert somit die
Attraktivität des Ausbildungsstandortes.

Mit der Errichtung eines Wohnheims für städtische Auszubildende geht die Landeshauptstadt mit gutem Beispiel voran und verschafft sich bei der Anwerbung von Auszubildenden einen entscheidenden Vorteil.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Raub

Angela Hebler

Norbert Czerwinski

Manfred Neuenhaus

Für die Richtigkeit

Frank Ulrich Wessel

Stephan Soll

Manfred Neuenhaus

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Ergebnis
Rat	-/- ¹	-/- ²

1) Die Sitzung wurde zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Vorlage noch nicht geplant.

2) Das Beratungsergebnis wurde zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Vorlage noch nicht erfasst.

Anlagen: beigefügt nicht vorhanden

Nr.	Anlage
-----	--------